

Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsrechts und schulrechtlicher Vorschriften

1. Lesung zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drs 14/4239

Auszug aus dem Plenarprotokoll 14/59 vom 03.05.2007

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war schon interessant. Der interessanteste Satz des Ministers war wohl der, aus dem hervorging, dass die Personalvertretungsrechte so eine Art Unterabteilung oder Fußnote der Verwaltungsmodernisierung sind. Wer aus diesem Verständnis heraus Verwaltungsmodernisierung mit Menschen – um die geht es ja – betreiben will, wird von vornherein scheitern.
(Beifall von der SPD)

Bei einer solchen Einstellung kann es ihm nicht gelingen, diejenigen mitzunehmen, auf die er persönlich angewiesen ist, auf die aber auch die Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind, wenn sie staatliche Leistungen erhalten möchten.

Zweite Bemerkung: Wenn Sie sagen, die Kritik der Gewerkschaften, nicht genügend beteiligt gewesen zu sein, sei überzogen, will ich Ihnen antworten – das hat auch jeder Außenstehende mitbekommen –: Was Sie sich seit November geleistet haben, ist ein Lehrstück dafür gewesen, wie man Unsicherheit verbreitet und regelrechte Verbitterung unter den Beschäftigten auslöst.
(Beifall von der SPD)

Das beginnt bei dem gebrochenen Versprechen des Ministerpräsidenten, die Gewerkschaften an dem Gesetzgebungsprozess als Gesprächspartner ordentlich zu beteiligen. Das ist, wie wir gehört haben, in keiner seriösen Art und Weise geschehen.
(Rudolf Henke [CDU]: Die Anhörung kommt doch noch!)
– Ja, die Anhörung kommt noch. Aber das Versprechen des Ministerpräsidenten ging etwas weiter. Er hat mehr versprochen, als er wahrscheinlich in der CDU-Fraktion gesagt hat.
(Zurufe von der CDU)

Wir brauchen uns aber nicht beim Ministerpräsidenten aufzuhalten, sondern können gleich weitergehen. Wir haben auch die Verweigerung jedes Gesprächs durch den Innenminister registriert. Ob daraus Arroganz sprach oder Angst? Ich glaube, es war beides.

Hinzu kamen während der letzten Wochen die gezielten Provokationen – er ist leider heute nicht hier; ich hätte es ihm gern selber gesagt – des Parlamentarischen Staatssekretärs Palmén, der sich auch in diesem Zusammenhang inzwischen immer wieder als Büchsenspanner aus der zweiten Reihe betätigt und schon immer die Freude auf die Gesichter derjenigen treibt, in deren Behörde er gerade geht.

All das sind Dinge, an denen man sieht, wie aus einer unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung gepflegten Kultur des Miteinanders inzwischen – nach zwei Jahren – eine Unkultur des Misstrauens gemacht wurde.

Das Ganze endet aber nicht zuletzt beim Arbeitsminister, der auch nicht da ist. Das ist auch vielleicht nicht zufällig so.
(Sören Link [SPD]: Wo ist er eigentlich?)

Denn wenn man sich ansieht, wie sich der Arbeitsminister dieses Landes im gesamten Prozess bewegt, stellt man fest: Er ist in diesen Dingen ganz tief abgetaucht.

(Sören Link [SPD]: So wie heute!)

Wie U 47 oder wie U 147, müsste man vielleicht besser sagen, liegt er auf dem tiefen Meeresgrund und lässt ab und zu einige Luftblasen an die Meeresoberfläche aufsteigen, an denen wir zumindest feststellen können, dass er überhaupt noch lebt. Aber ein Arbeitsminister, der seine Amtsbezeichnung zu Recht führen will, muss sich gerade in Nordrhein-Westfalen vernehmbar für die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen einsetzen, sonst hat er seine Aufgabe verfehlt.

Insgesamt – das belegt auch die Einführung des Gesetzes – bietet die Landesregierung in diesem Zusammenhang ein Bild des Jammers und der Feigheit – vor allen Dingen dann, wenn sie sich damit herauszureden versucht, hier würde nur Landesrecht an Bundesrecht angepasst.
(Beifall von der SPD)

In Wahrheit müsste sie sich dazu bekennen, auf breiter Front seit Langem erworbene Teilhabe- und Schutzrechte der Beschäftigten abbauen zu wollen. Um nichts anderes geht es.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Dass Sie sich hinter der Gesetzgebung einer Bundesregierung aus dem Jahr 1974 verstecken und nicht verstehen, dass Nordrhein-Westfalen eine angestammte Rolle als soziales Gewissen der Bundesrepublik hat, zeigt: Sie haben dieses Land nicht verstanden.

(Theo Kruse [CDU]: Unglaublich! – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Zum Gesamtbild gehört auch – es ist ganz wichtig, auch das zu betrachten –, dass es nicht nur um den Abbau von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten geht, sondern vielmehr wird ein Schuh daraus, wenn man sieht, dass Sie inzwischen das Tariftreuegesetz abgeschafft haben, womit öffentliche Aufträge von nun an an Unternehmen vergeben werden können, die keine ordentlichen Löhne zahlen. Sie haben die Ladenöffnungszeiten aufgehoben, damit ab sofort Schichtdienst im Einzelhandel möglich ist. Sie haben – darüber ist heute schon gesprochen worden, und bei der gestrigen Anhörung ist es auch deutlich geworden – längst jede seriöse Personalbedarfs- und Personalentwicklungsplanung aufgegeben.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Das PEM ist ja das Stichwort für das Aufgeben einer seriösen Personalplanung in der Landesverwaltung.

Dazu kommt noch die Privatisierung als Dogma, die von Privatisierung der Polizeiküchen bis zur Privatisierung der Strom- und Wasserversorgung reicht. Die Zeche für diese Politik bezahlen nicht nur die Beschäftigten, sondern – das wissen wir inzwischen aus Gutachten besser – selbst den Steuerbürger kommt das teuer zu stehen.

Als Letztes kommt hinzu – das soll nicht unerwähnt bleiben – die Zerschlagung der Arbeitsschutzverwaltung, die vorangetrieben wird. Dabei wird eine Fachbehörde auf 54 kommunale Stellen zersplittert. Das, meine Damen und Herren, ist das Gesamtbild, das Sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen mit Ihrer Politik zu bieten haben.

Nun noch einige Worte zum Abbau von Teilhabe- und von Schutzrechten der Beschäftigten: Es reicht nicht aus, nur über die Novelle des LPVG zu sprechen. Man muss auch über das PEM reden, weil im PEM-Gesetz die Mitbestimmungsrechte der Personalräte bei Versetzungen noch stärker als in der LPVG-Novelle beschnitten werden.

Man muss im Übrigen auch über das Bürokratieabbaugesetz II reden, weil darin das Widerspruchsverfahren in beamtenrechtlichen Angelegenheiten weitgehend abgeschafft werden soll. Damit sollen ergänzend zum Abbau kollektiver Schutzrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nun auch die individuellen Schutzrechte von Beamten abgebaut werden.

Ich will das nicht weiter vortragen, sondern nur einige Worte an die Kolleginnen und Kollegen von der CDA richten: Wenn Sie diesen Katalog anschauen, müssten Sie wirklich wach werden und begreifen, worum es eigentlich geht, und was diese Regierung, die Sie unterstützen, mit den Beschäftigten und deren Rechten durch die Pläne, die Wirklichkeit werden sollen, anrichtet.

Um das noch einmal ganz klar und deutlich zu sagen: Wir lehnen diese Pläne entschieden ab. Wir stehen in dieser schweren Auseinandersetzung an der Seite der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

(Beifall von der SPD – Theo Kruse [CDU]: Bis wohin denn?)

Wir unterstützen deren Protest, denn er ist richtig und gerecht.

(Theo Kruse [CDU]: Das ist einfach!)

Deswegen kann ich Ihnen auch versprechen: Wir werden alle parlamentarischen Mittel nutzen, um deutlich zu machen, worum es hierbei geht, nämlich um den massiven Abbau von Teilhaberechten, um den Abbau von Schutzrechten, um die Schwächung der Personalräte und um die Schwächung der Gewerkschaften.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Wir treten dafür ein, dass ein Herzstück sozialdemokratischer Mitbestimmung erhalten bleibt. Ich hatte Ihnen bereits gesagt, dass bei uns dabei durchaus Herzblut im Spiel ist. Denn das Landespersonalvertretungsgesetz von 1984 ist und bleibt ein Kronjuwel sozialdemokratischer Regierungspolitik unter Johannes Rau.

(Theo Kruse [CDU]: Ei, ei, ei! Unglaublich!)

– Weil Sie sich das gern anhören, liebe Kollegen von der CDU, will ich aus der Regierungserklärung von Johannes Rau am 10. Juni 1985 zitieren. Daran können Sie die Unterschiede schön feststellen. Denn darin hat der Ministerpräsident Johannes Rau vor diesem Hohen Haus ausgeführt – ich zitiere –:

„Zum sozialen Frieden gehört, dass wir die Montanmitbestimmung dauerhaft sichern und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ausbauen, wie wir das mit unserem fortschrittlichen Landespersonalvertretungsgesetz getan haben.“

(Beifall bei der SPD)

„Wer Mitbestimmung verweigert, hat aus der Vergangenheit unseres Industrielandes nichts gelernt.“

Deswegen glaube ich, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Sie haben aus dieser Geschichte nichts gelernt.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das ist richtig!)

Sie sind auch nicht bereit, dazuzulernen, und nicht bereit, wenigstens ansatzweise zuzuhören. Sie machen dabei Kommandosystem. Das macht der Staatssekretär Palmén vor.

Ich sage Ihnen – auch das wird bemerkt –: Wer heute die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst schleifen will, vergreift sich morgen an der Mitbestimmung und der Betriebsverfassung in der Wirtschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Rudolph, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kruse?

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Das ist wohl eher eine Nachfrage als eine Zwischenfrage. Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Theo Kruse (CDU): Meine Frage richtet sich auch an den Historiker Dr. Rudolph. Ist Ihnen bekannt, Herr Dr. Rudolph, wenn Sie schon Johannes Rau von 1985 zitieren, dass Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung von 1995 erklärt hat, wir brauchten in Nordrhein-Westfalen dringend Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung, und deswegen werde ein entsprechender Ausschuss eingerichtet? Er wurde allerdings 2000 wieder dichtgemacht. Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Das ist mir nicht bekannt, aber ich glaube Ihnen das. Das ist ja auch keine falsche Bemerkung, denn – das unterscheidet uns – man kann Verwaltungsmodernisierung betreiben, aber man kann es zusammen mit den Beschäftigten organisieren und machen. Das ist der Unterschied.
(Beifall von der SPD)

Wer den Leuten etwas Gutes will, auch in puncto PEM, der muss ihnen nicht die Schutz- und Teilhaberechte nehmen.
(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rudolph.